

Die Abschaffung der Gewerbesteuer ist vom Tisch Bessere Zeiten für Kommunen

von Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer, Bundes- und Landesvorsitzender der SGK



Voller Sorge blickten die kommunalen Spitzenverbände in den vergangenen Wochen nach Berlin: Die Unternehmenssteuerreform drohte zum Sargnagel für die Gewerbesteuer zu werden. Die Befürchtungen waren nicht unberechtigt, erinnern sich doch die Kommunalen zu gut, wie deutlich die Konservativen mit der Abschaffung der Gewerbesteuer liebäugelten. Angefangen vom Zuschlag auf die Einkommenssteuer bis zur Entwicklung zur reinen Gewinnsteuer schlugen CDU/CSU -Politiker im Verbund mit Stiftung Marktwirtschaft und den Arbeitgeberverbänden mit der Axt an die Basis der Kommunalfinanzen.

Für die Sozialdemokraten aber war klar: an der Gewerbesteuer wird nicht gerüttelt. Im Gegenteil soll sie als kommunale Steuer stabilisiert und durch eine Erweiterung der Bemessungsgrundlagen und des Kreises der Steuerpflichtigen verstetigt werden.

Vergleicht man diese Ausgangslage mit den jetzt vorgelegten Ergebnissen im so genannten Steinbrück/Koch - Papier, so hat sich nicht nur die Reihenfolge der Autoren geändert. Die Abschaffung der Gewerbesteuer ist vom Tisch. Dementsprechend positiv äußern sich auch die kommunalen Spitzenverbände.

Doch ist nicht alles Gold, was glänzt: Ob die Gewerbesteuer in ihrer jetzigen Ausprägung das Aufkommen für die Kommunen sichert, wird sich erst noch zeigen müssen.

Nach den Vorstellungen der Koalitionsarbeitsgruppe soll

- die 50%-ige steuerliche Hinzurechnung der gezahlten Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer entfallen.
- Stattdessen sollen alle Zinsen und Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten,

Der Arbeitskreis Steuerschätzung erwartet für das Jahr 2006 ein Gewerbesteueraufkommen von 37,75 Milliarden Euro gegenüber 34,2 Milliarden Euro bei der Mai-Steuerschätzung. Für 2007 rechnen die Steuerschätzer mit einem Aufkommen von 36,8 Milliarden Euro. Im Jahr 2005 hatte sich das Gewerbesteueraufkommen auf 32,1 Milliarden Euro belaufen.

Die steigenden Einnahmen bei der Gewerbesteuer dürfen den Blick auf die Lage der Kommunalfinanzen nicht versperren: Mit 27,6 Milliarden Euro haben die städtischen Kassenkredite eine beängstigende Höhe erreicht.

Leasingraten und Lizenzen mit einem Hinzurechnungsfaktor von 25 % erfasst werden.

- Die gezahlte Gewerbesteuer soll künftig nicht mehr als Betriebsausgabe abgezogen werden können.
- Der Anrechnungsfaktor der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer soll von 1,8 auf 3,8 erhöht werden.
- Die Steuermesszahl der Gewerbesteuer soll auf 3,5 % gesenkt werden.

Die vorgesehene Ausweitung der Hinzurechnungen auf sämtliche Finanzierungskosten stärkt die Gewerbesteuer als Realsteuer und vermindert zudem die Gestaltungsmöglichkeiten der Unternehmen. Den Forderungen der SGK und der kommunalen Spitzenverbände nach Stabilisierung der Gewerbesteuer wird somit Rechnung getragen. Die Umgestaltung der Gewerbesteuer zu einer reinen Gewinnsteuer ist ebenso kein Thema mehr wie die Einführung einer so genannten Grundsteuer C für Gewerbegrundstücke.

Bei der weiteren Beratung werden die Kommunalpolitiker besonders auf die Zusage des Finanzministers achten. In seinem Papier heißt es nämlich:

„Die Kommunen sind überdies von den Kosten der Unternehmensteuerreform ausgenommen, die von Bund und Ländern allein getragen werden. Die Kommunen können damit weiterhin auf einer verlässlichen Einnahmehasis wirtschaften und profitieren praktisch kostenlos von der Anschubwirkung der Unternehmensteuerreform, die langfristig über mehr Wachstum und Arbeitsplätze auch den Haushalten der Städte und Gemeinden zugute kommt“.

Sorgen bereitet vielen Kämmerern schon heute die möglichen Auswirkungen der Senkung der Steuermesszahl für einzelne Kommunen. Denn die Einzelaspekte sind nicht konkret berechenbar. Während die Wirkungen der Messzahlsenkung von jeder einzelnen Gemeinde ermittelt werden kann, gilt dies für die Gegenfinanzierung nicht. Hier wird es bis zur Vorlage eines umfassenden Finanztableaus Unsicherheiten geben.

Wir gehen davon aus, dass – wie von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und Ministerpräsident Roland Koch betont – die Unternehmenssteuerreform für die Kommunen aufkommensneutral gestaltet wird und die Kosten ausschließlich Bund und Länder tragen werden.

Weitere Informationen:
www.bundesfinanzministerium.de

INHALT	Seite
Land verschweigt Steuereinnahmen	2
Neuausrichtung Arbeitsmarktpolitik	3
Armut und Sozialpolitik	4/5
Debatte: Gemeindeordnung	6
Schwarzkanzlei	8

Die Zukunft ist rot

Gut 1.200 Gäste waren der Einladung zum zweiten Zukunftskonvent der NRWSPD in die ehemalige Zinkfabrik nach Oberhausen gefolgt. In drei Diskussionsforen wurden Themenschwerpunkte anhand von Thesepapieren engagiert diskutiert. Jochen Dieckmann attackierte in seiner Begrüßung die Forderungen von Ministerpräsident Rüttgers zum ALG I als gnadenlosen Populismus. Im Bereich Arbeit, Wirtschaft und Innovation setzt die SPD weiter auf Vollbeschäftigung als zentrales politisches Ziel und die Sicherung und den Ausbau der Mitbestimmung durch Arbeitnehmer.

Die Entwicklung zur „sozialen Stadt“ stellt die kommunalpolitischen Verantwortlichen vor große Herausforderungen. Angesichts des demographischen Wandels gilt es, die Netzwerke sozialer Infrastruktur ständig anzupassen. Die Unterstützung von Familien, die Hilfe für Senioren für ein langes und selbstbestimmtes Leben in ihrem vertrauten Wohnquartier und die Integration von Migranten sind hier die zentralen Themen. Im Forum „Bildung“ stand vor allem die Reform des Schulsystems im Mittelpunkt. Hier zeigte sich eine breite gemeinsame Überzeugung für längere gemeinsame Lernzeiten in der Sekundarstufe I. Den genauen Weg zu diesem Ziel wird die Partei auf weiteren sechs geplanten regionalen Veranstaltungen noch ausführlich diskutieren.



Viele bemerkenswerte Gedanken formulierte Erhard Eppler in seinem Referat zur Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms der Partei. Seiner Ansicht nach dürften die Ziele dieses Programms nicht zu gering angesetzt werden, da die

Partei von der Spannung zwischen ihren Grundsätzen und dem „Machbaren“ lebe. In der kommunalen Selbstverwaltung deutscher Prägung sieht Eppler einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Kultur Europas, „den wir mit Zähnen und Klauen verteidigen müssen!“

Der Konvent ist ausführlich dokumentiert unter: www.nrwspd.de/zukunftskonvent/